

Rezensionen

Ulrich Gehrlein: Nachhaltigkeitsindikatoren zur Steuerung kommunaler Entwicklung. 279 S., Abb. – Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2004

Ulrich Gehrlein bietet mit seinem Buch einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsindikatorenkonzepte im Rahmen von Lokaler Agenda 21 und strategischer Kommunalentwicklung.

Der Autor vertritt die These, dass es bisher noch nicht hinreichend gelungen ist, Nachhaltigkeitsindikatoren als wirkungsvolles Instrument zur strategischen Kommunalentwicklung einzusetzen. In den letzten Jahren wurden – insbesondere im Zusammenhang von Lokale-Agenda 21-Prozessen – zahlreiche Indikatorenkonzepte zur Messung kommunaler Nachhaltigkeit entwickelt; allerdings ist ihre Nutzung vielfach auf wenige Funktionen und Bereiche wie z. B. Berichtsfunktionen begrenzt.

Während bisherige wissenschaftliche Arbeiten zum Thema kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren, beispielsweise die Untersuchungen von Flacke (2003) und Werheit (2002), primär die inhaltliche Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren zum Gegenstand haben, analysiert Gehrlein demgegenüber die ersten praktischen Erfahrungen mit deren Einsatz. Er untersucht anhand ausgewählter Kommunen systematisch den bisherigen Einsatz der Indikatoren, z. B. bezogen auf die Anwendungsbereiche Stadtmarketing, Flächennutzungsplanung und Landschaftsplanung.

Im Grundlagenteil skizziert der Autor die Entwicklung des Leitbilds der Nachhaltigkeit und zeigt verschiedene definitorische Eckpfeiler auf. Anschließend setzt er sich mit methodischen Grundlagen von Indikatoren sowie aktuellen Indikatorenkonzepten auseinander und baut damit die Brücke zwischen dem Leitbild der Nachhaltigkeit und entsprechenden Indikatoren. Obwohl er sich selbst nicht mit der Konzeption von Indikatoren befasst, weist er darauf hin, dass zwischen den Zielen der drei Nachhaltigkeitsdimensionen Soziales, Umwelt und Wirtschaft Konflikte bestehen, die auch bei der Indikatorenentwicklung nicht ausgeklammert werden dürfen. Generell stellt sich die Frage, inwieweit Indikatorenkonzepte, die stark auf die einzelnen Nachhaltigkeitsdimensionen bezogen sind, eine integrative Sichtweise ermöglichen oder die bisherige Trennung der Dimensionen eher fortschreiben. Dies gilt insbesondere, weil Gehrlein die Auffassung vertritt, dass man mittels kommunaler Nachhaltigkeitsindikatoren bisher separate

Fachpolitiken integrativer zusammenführen kann. Der Autor betont daher die Notwendigkeit, Wechselwirkungen zwischen den Indikatoren zu berücksichtigen.

Im Weiteren widmet sich Gehrlein dem Wandel der kommunalen Steuerungsphilosophie und berücksichtigt dabei insbesondere Konzepte lokaler und regionaler Governance. Dabei geht er offenbar davon aus, dass staatliche und kommunale Steuerung in Zukunft vor allem in Form horizontaler Verhandlungssysteme stattfindet, in denen sich der Staat und die Kommune auf eine Moderatorenfunktion zurückziehen. Obwohl nach dieser Einschätzung Lokale-Agenda 21-Prozesse – verstanden als neue Governanceform auf kommunaler Ebene – im Grunde einen hohen Stellenwert erreichen müssten, stellt der Autor fest, dass sie bisher nur eine geringe Wirkung in der strategischen Stadtentwicklung entfalten konnten. Folglich stellt sich die Frage, welche Interessen sich derzeit in den verschiedenen Arenen durchsetzen und wie man eine auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik – im Rahmen einer sich wandelnden Regulation – besser durchsetzen kann.

Gehrlein untersucht in diesem Kontext verschiedene Planungs- und Managementinstrumente hinsichtlich ihrer Potenziale und Schwächen zur Förderung einer nachhaltigen Kommunalentwicklung. Er kommt zu dem Schluss, dass zahlreiche raum- und umweltbezogene Planungsinstrumente, Lokale-Agenda 21-Prozesse sowie Strategien zur Verwaltungsmodernisierung in Konzeption und Durchführung relativ isoliert nebeneinander stehen. Dieser Mangel begründet die Notwendigkeit seiner Arbeit.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen analysiert der Autor Parallelitäten und Überschneidungen von ausgewählten Instrumenten in der Praxis, z. B. der Lokalen Agenda 21, neuen Steuerungsmodellen, Öko-Audit und der Flächennutzungsplanung. Er zeigt Potenziale für eine inhaltliche und prozessurale Integration auf und verdeutlicht, dass Nachhaltigkeitsindikatoren die unverbundenen Steuerungsprozesse auf politischer, administrativer und fachplanerischer Ebene im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zusammenführen könnten.

Ein Kernstück seiner Untersuchungen sind zwei Befragungen zur Entwicklung und Nutzung von Nachhaltigkeitsindikatoren in ausgewählten Kommunen mit Lokalen-Agenda 21-Prozessen. Die Ergebnisse zeigen die Hemmnisse und Schwächen bei deren Nutzung für die Kommunalentwicklung auf und bieten richtungs-

weisende Handlungsempfehlungen. Besonders deutlich wird, dass diese Indikatoren bisher vor allem zur Bestandsaufnahme, Berichterstattung und Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden, bei der Steuerung jedoch nur selten Anwendung finden. Damit wird deutlich, dass eine stärkere Integration der Nachhaltigkeitsindikatoren und ihrer Ziele in Planungs- und Managementinstrumente unerlässlich ist, wenn diese Aktivitäten nicht als Nischenprodukte verkommen sollen. Allerdings bleibt offen, ob die untersuchten Indikatorenkonzepte überhaupt eine hinreichend konkrete Informationsbasis für die kommunale Steuerung (verschiedene Instrumente) bieten. Insgesamt sind die von Gehrlein identifizierten Anwendungsprobleme auch für andere Kommunen relevant, die entsprechende Indikatorenkonzepte durchführen oder planen.

Anschließend leitet Gehrlein Gestaltungskriterien für kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren-Systeme ab, die zwar einen enormen Anforderungskatalog aufspannen, damit aber auch sehr differenzierte konzeptionelle Empfehlungen bieten. Insgesamt bieten die Vorschläge und Kriterien Bürgern, Politik und Verwaltung gute Rezepte für eine erfolgreiche Konzeption und Implementierung von Nachhaltigkeitsindikatoren in kommunalen Steuerungsprozessen.

Ausgehend von dem Befund, dass Nachhaltigkeitsindikatoren bisher kaum für Steuerungszwecke genutzt und mit traditionellen Instrumenten der Raum- und Umweltplanung zu wenig verknüpft werden, skizziert Gehrlein im letzten Teil seiner Arbeit Grundzüge eines kommunalen Nachhaltigkeits-Controllings. Dabei zeigt er organisatorische und prozessurale Elemente dieses Controllings sowie dessen Einbettung in ein Nachhaltigkeits-Management auf. Die Vorschläge greifen dabei insbesondere die anfangs aufgestellte These auf, dass Nachhaltigkeitsindikatoren im Rahmen des Controllings eine wirkungsvolle Verknüpfung kommunaler Steuerungsprozesse bewirken können und so zu einem Effektivitäts- und Effizienzgewinn für die Kommunalentwicklung führen. Übersichtliche Abbildungen veranschaulichen u. a. den Kreislauf des Nachhaltigkeits-Controllings und zeigen konzeptionelle Differenzen zwischen dem operativen und strategischen Controlling auf. Allerdings bleibt offen, ob ein Indikatorensystem die zahlreichen Anforderungen zur Koordinierung und Nachhaltigkeitsprüfung der unterschiedlichen Instrumente erfüllen bzw. mit welchem Aufwand es sich betreiben ließe.

Insgesamt bietet das Werk von Gehrlein für Bürger, Politiker und Wissenschaftler, die sich mit Fragen einer nachhaltigen Entwicklung, Indikatoren und Lokaler Agenda 21 befassen, einen reichen Fundus an Hinweisen und Empfehlungen für eine zielgerichtete Nut-

zung von Nachhaltigkeitsindikatoren als Instrument einer integrativen Kommunalentwicklung, die die sektoralen und fachplanerischen Grenzziehungen im Sinne der Nachhaltigkeit zu überwinden sucht.

Jörn Birkmann (Bonn)

Elisabeth Blum: Schöne neue Stadt. Wie der Sicherheitswahn die urbane Welt diszipliniert. 165 S., s/w Abb. – Basel: Birkhäuser Verlag 2003. = Bauwelt-Fundamente 128

Vor mehr als einem halben Jahrhundert hat der amerikanische Universalgelehrte Lewis Mumford als zentrale Funktion der Großstadt hervorgehoben, dass sie Übungsplatz sei für all das, was „den Menschen im Hinterland stets fremd und feindselig“ erschien. Sich zu arrangieren (wissen) mit dem, was nicht vertraut und gewohnt ist, wäre demnach eine urbane Grundhaltung. Davon allerdings ist heute nicht mehr viel zu merken: Statt eine Relativierung der eigenen Ängste und Unsicherheiten zu bewirken, glaubt man sich allorts in den Großstädten – längst aber nicht nur dort – mit einem sprunghaften Zuwachs an Diebstählen, Gewalttaten, obskuren Verhaltensweisen, Umweltdelikten usw. konfrontiert. Und Sicherheit wird plötzlich zum Kultbegriff.

Schutz vor Risiken, Vermeidung oder zumindest Eindämmung von Gefahren, ein generelles „Auf-der-Hut-sein“ und permanente Überwachung: Das sind Stichworte, die sich mehr und mehr zum Signum der westlichen Wohlstandsgesellschaft verdichten. Wenn dies dann als „Schöne neue Stadt“ bezeichnet wird, wie Elisabeth Blum es mit ihrem aktuellen Buch tut, verweist das nicht nur indigniert auf Aldous Huxleys Bestseller, sondern versteht sich auch als bitter-ironischer Abgesang auf die vermeintliche Integrationsmaschine Stadt. „Wenn die Welt draußen, die Straßen, die Räume und Institutionen sich gegen die Menschen wappnen, dann wappnen sich die Menschen ihrerseits gegen all das da draußen, installieren einen Ring aus technischen Anlagen um Wohnung und Haus, elektronische Berichterstatte neben ihrem Bett und fühlen sich erst sicher hinter diesen nahezu unsichtbaren Mauern.“

Der Paradigmenwechsel „weg von der Freiheit – hin zur Sicherheit“ fußt auf veränderten Mentalitäten, und diesen wiederum, so die These, werde politisch der Weg bereitet. Ein unaufhaltsame Entwicklung? Joseph Beuys so bekanntes wie fehlverstandenes Diktum „Jeder ist ein Künstler“ etwa steht letztlich für den Versuch, die Verantwortung für die gesellschaftliche Wirklichkeit und

den Ort des Handelns weg von abstrakten Institutionen in die Hände und Köpfe der Individuen zurückzuverlegen. Ein ganz ähnliches Anliegen verfolgt die Schweizer Publizistin mit ihrem Essay, der vielleicht treffender eine Streitschrift genannt werden sollte. Denn vehement geht sie mit all jenen mal schleichenden, mal martialischen Entwicklungen ins Gericht, anhand derer unsere gesamte Umwelt zur gefährdeten Zone, zum Ort des angebrachten Misstrauens erklärt oder gar gemacht wird: „Der neu ausgestaffte Raum der Sicherheit erinnert an unsere Vorstellung von einem schwarzen Loch. Er hat die Tendenz, alles um sich herum in seinen Sog zu ziehen.“ Dass sie den allgegenwärtigen Sicherheitswahn als einen höchst fragwürdigen sozialen Fortschritt wahrnimmt, usurpatorisch gelenkt und monströs dazu, damit hält die Autorin zu keiner Zeit hinterm Berg.

Folgt man Blum, so scheinen Sicherheit und Sozialprestige eine Art Ehe einzugehen. „Unsere Zeit nutzt die elektronische Revolution, um Zwischenräume nicht nur neu auszustatten, sondern auch neu zu interpretieren. Der Raum zwischen den Menschen verändert sich so radikal wie nie zuvor. Zwischenräume – große wie kleine, offene wie geschlossene, öffentliche wie private – sind die neuen begehrten Objekte eines Marktes, der riesige Zuwachsraten verzeichnet. Selbst im kleinsten Raum zwischen zwei Menschen werden weitere Augen und Ohren installiert. Zeitlose Augen und Ohren, die zudem alles, das sie je gesehen und gehört haben, wieder zum Vorschein bringen können.“ Was die Autorin nicht thematisiert: Der Begriff Sicherheit dürfte in den Favelas von Rio anders buchstabiert werden als am Times Square in New York oder in Singapurs Orchard Road, in Köln-Chorweiler anders als in Bad Godesberg, an der Reeperbahn oder in Schwabing.

Mithin erweist sich die zugrunde liegende argumentative Stoßrichtung als recht monokausal, indem ein „perverses gesellschaftliches Förderprogramm: Investitionen in Mißtrauenspolitik“ diagnostiziert, abschließend gar von einem „demokratisch legitimierten Totalitarismus“ gesprochen wird. Doch muss man akzeptieren, dass der Aspekt Sicherheit in der heutigen Gesellschaft eine ganz zentrale Rolle spielt und damit auch politische Antworten erfordert. Abgesehen davon, dass Unsicherheit meist eine subjektiv empfundene, nicht eine objektiv vorhandene ist: Es gibt auch eine gewisse Entpersonalisierung des öffentlichen Raums im Sinne einer Technisierung; dass in der U-Bahn keine öffentliche Person mehr anwesend ist, die man auch nur nach einer Auskunft fragen könnte, darf man durchaus für ein Problem halten. Gleichwohl – und bis zu einem gewissen Grad – gilt nach wie vor, dass der öffentliche Raum ein Multioptionsraum ist, der vielerlei Formen des Verhaltens ermöglicht. Öffentlich „konsumiert“, werden diese

Räume offenkundig auch als etwas Eigenes akzeptiert. Das wiederum setzt eine gewisse Vertrautheit mit dem Ort voraus. Die Vertrautheit mit einem Ort erzeugt Sicherheit. Man kann Verhalten prognostizieren und hat in gewisser Hinsicht einen Anspruch darauf, dass sich der andere gemäß dieser Prognose verhält. Allerdings: Der öffentliche Raum liegt inmitten eines Spannungsfeldes zwischen Liberalität und Toleranz einerseits und gesellschaftlicher Konvention und öffentlicher Ordnung andererseits, wobei die Grenzen immer fließende sind.

Dem (Un-)Sicherheitsempfinden in öffentlichen Räumen, das u.a. bedingt ist durch den Aufenthalt von Randgruppen, muss konzeptionell begegnet werden, wenngleich wohl mit anderen Mitteln als der starken Präsenz von privaten Ordnungsdiensten, Videoüberwachungen etc. So beredt und ausgreifend hier ein analytischer Begründungszusammenhang vorgelegt wird, so sehr stellen sich bei der Lektüre doch auch Zweifel daran ein, dass der „Spaltungsdiskurs“ um den „Kulturbegriff Sicherheit“ einmündet in eine anders geartete, handhabbare gesellschaftliche Praxis jenseits bloßer Ideologismen.

Robert Kaltenbrunner (Bonn)

Harald Bodenschatz; Christiane Post (Hrsg.): Städtebau im Schatten Stalins. Die internationale Suche nach der sozialistischen Stadt in der Sowjetunion 1929 – 1935. 416 S., 350 Abb. – Berlin: Verlagshaus Braun 2003

Renommierte Architekten wie etwa Philip Johnson und J.P. Kleihues zollten der Berliner Karl-Marx-Allee als einem Boulevard Anerkennung, der über sich selbst hinausweise, weil hier „ein gesellschaftlicher Raum erreicht“ wurde wie nirgendwo sonst in der Stadt. Dass ein stalinistisches Relikt in jüngerer Zeit so viel Lob einheimst, könnte man als Propaganda einschlägig interessierter Kreise abtun, wenn darin nicht eine grundsätzliche Neubewertung von „Stadt“ mitschwänge. Womit man mitten in einer zeitgenössischen Diskussion steckt, die es allerdings versäumt hat, eine ihrer tragenden Wurzeln je zur Kenntnis zu nehmen.

Der „Zuckerbäckerstil“ stellt zwar seit langem, wenn auch stets kontrovers, einen Referenzpunkt der Architektur dar. Namentlich die Postmoderne spielte ungehört mit vielen ihrer Attribute, ohne sich indes darüber Rechenschaft zu geben. Die stadtplanerischen Leitbilder dahinter aber blieben weitgehend ausgeblendet: Obgleich mit den sowjetischen Weichenstellungen um 1930 einer „der radikalsten, umstrittensten und folgereichsten Paradigmenwechsel im 20. Jahrhundert“ statt-

fand, wurde dieser für die „europäische Städtebaugeschichte entscheidende Prozess des Umbruchs bislang nur fragmentarisch dokumentiert und reflektiert“. Das schiefe Bild endlich gerade zu rücken ist das Anliegen von Harald Bodenschatz und Christiane Post, die eine ebenso voluminöse wie bildreiche Forschungsarbeit ediert haben. Deren unschätzbare Wert liegt vor allem darin, bislang zwei (fast) völlig getrennt verlaufende Diskursfäden – den aus eher kunstgeschichtlicher Warte und den politikwissenschaftlich zentrierten – miteinander zu verweben. Und das Ergebnis sollte einem zu denken geben.

Denn was soeben noch als Extremposition – zumal eines vermeintlich abseitigen Themas – erscheint, offenbart nun ungeahnte Parallelen zum Mainstream dessen, wie heute in Europa Stadtentwicklung betrieben wird. Dabei war das fragliche Leitbild weder damals noch später eindeutig fassbar. In einer zeitgenössischen offiziellen Verlautbarung hieß es: „Genau durchdachte architektonische Gestaltung der Tausende von neuen Gebäuden, darunter des Palasts der Sowjets, und der Bau der Untergrundbahn werden Moskau zu einer Stadt machen, die es verdient, die Hauptstadt eines sozialistischen Landes zu sein.“ So weit der Anspruch, so weit auch die Ziele für das Zentralmodell der Kapitale. Allerdings wäre es trügerisch, sich nun pompöse Bauten und triumphale Achsen vorzustellen und davon rückzukoppeln auf einen diktatorischen Stadtumbauprozess. Was wäre, wenn sich hinter dem Verdikt nicht ästhetische Vorlieben oder verquaste Staatssymbolik verbergen, sondern die Anerkennung der realen Probleme des „nation-building“, die Abkehr von abstrakter Modellhaftigkeit hin zur sichtbaren Verbesserung der Alltagswelt?

Um diesen Gedanken weiterzuspinnen, muss auch die jüngere Rezeptionsgeschichte ins Visier genommen werden. Denn ganz neu und voraussetzungslos ist die Beschäftigung damit nicht. So hatte Peter Noever, Direktor des Museums für angewandte Kunst (MAK) in Wien, schon vor einigen Jahren eine vielbeachtete Ausstellung konzipiert, suggestiv mit „Tyrannei des Schönen“ überschrieben. Die Epoche des Stalinismus in der Sowjetunion, insbesondere ihre (Bau)Kunst der 30er und 40er Jahre, wurde hier als eine der interessantesten und auch der bedeutendsten in der russischen Historiographie propagiert: Sie sei eine „totalitäre Architektur“, die angeblich „keinerlei Gemeinsamkeiten mit den Bauformen im Nationalsozialismus oder anderer faschistischer Regimes im Europa jener Jahre aufweist“, wie eine durchaus streitbare These im Begleitkatalog lautet.

Die Politik jedenfalls mischte in jeder Fassade munter mit. So habe Stalin eindeutig formuliert, dass man nicht von den zukünftigen Bedürfnissen der Massen ausgehen dürfe, sondern von ihren jetzigen im Hinblick auf

die Zukunft. Eine Eigenart des Sozialistischen Realismus war demnach nicht die Darstellung von Idealen, sondern von Typischem, projiziert auf ein festgelegtes Ziel. Ein entscheidender Widerspruch in der Baukunst und dem Städtebau der späten 30er Jahre lag jedoch in der Idealisierung der Realität begründet, die sich in der städtischen Ordnung widerspiegelte. Deswegen, so Noever, konstituierte diese Architektur ein einziges monumentales Paradoxon und sei nur von innen, aus „der Ideologie eines ‚sozialistisch-stalinistischen‘ Denkens begreifbar“. Eine Wahr-Nehmung im eigentlichen Wortsinne setzt offenkundig ein Verstehen des Anspruchs voraus, der diese Bauten hervorgebracht hat.

Der Anspruch, das Ansprechen der Massen: Die absolute ideologische Nützlichkeit des Sozialistischen Realismus für die (herrschende) Parteilinie erklärt Anatol Lunatscharskis beredete Apologie von 1932, in der er zwar zugab, dass die hellenistische Kultur weit von der UdSSR entfernt liege, zugleich aber betonte, dass diese Wiege von Kunst und Kultur noch immer als Modell für die Architektur dienen könne. Denn nachdem ihre ideologische Bedeutung klar geworden war, wurde als Aufgabe der Baukunst gefordert, sie habe nach leichter Verständlichkeit und allgemeiner Zugänglichkeit zu streben durch Aneignung der Vergangenheit bzw. derer „idealer“ Formen. Dass das Modell des „Palastes“, das dem kärglichen Alltag gegenübergestellt wurde, besondere Anziehungskraft erlangte, vermag daher kaum zu überraschen. Es wurde flugs umkodiert und nicht mehr als Symbol für feindliche soziale Kräfte aufgefasst, sondern als Verkörperung des Sieges und des Machtbesitzes. Andererseits schwebte auch die Ideologie nicht im luftleeren Raum. Vielmehr sieht etwa der Kunsthistoriker Vladimir Paperny das „Oben“, d. h. die Parteiführung, als Teil der Kultur, inmitten derer sie agiert. Gleichzeitig gesteht er aber zu, dass eines der wichtigsten Gesetze der Kultur der Stalinzeit das Verbot war, sie zu verstehen und zu reflektieren.

Derlei Ambivalenzen dürfen aber nicht den Blick darauf verstellen, dass die raumplanerische Neuorientierung, vorangetrieben vor allem durch Stalins Stellvertreter Kaganowitsch, so umwälzend wie folgerichtig war. Denn was in den 20er Jahren an Konzepten von der sowjetischen – unter beifälliger Aufmerksamkeit der internationalen – Fachwelt propagiert wurde, ob lineare Bandstädte oder Kommunehäuser, das war, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch gesehen, weitgehend ohne Belang geblieben und bloße Papierplanung. Als hätte sich die russische Avantgarde eine Parallelwelt geschaffen, weitgehend ohne Kontrolle der Partei, aber auch ohne Finanzierungsperspektive. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer gewissen Liberalisierung nach innen nahm sich die KPdSU mehr und mehr des The-

mas an. Des ewigen Theoretisierens müde, beauftragte man nun ausländische Experten, vor allem praxiserfahrene Architekten der Weimarer Republik wie etwa Ernst May mit dem Aufbau des Industriestandorts Magnitogorsk. Doch selbst solche Konzepte – „die Schaffung von gigantischen Werksiedlungen, die zu neuen Städten verklärt wurden“ – waren alsbald ein Muster ohne Wert.

Den allgemeinen Lebensstandard zu erhöhen stellte ein erklärtes Ziel im Rahmen des zweiten Fünfjahresplans dar – und somit auch von Architektur und Städtebau. Womit deren Aufgabe darin lag, eine solche Politik „verständlich“ zu machen, den breiten Massen die Zumutungen der Moderne (und das hieß ja in der jüngeren sowjetischen Vergangenheit: Hektik, Mangel, Zwangskollektivierung, Konsumverzicht etc.) zu ersparen bzw. erträglich(er) zu gestalten. Es ist eine zwar bemerkenswerte, aber nicht einzigartige Überwindungsstrategie, wenn sie, um ihrer Legitimation willen, die Repräsentationsform der von ihr abgelösten, überkommenen Gesellschaft eher in ihren Dienst nimmt, als sie zu tilgen. Die klassische Kunst erhält plötzlich einen politischen Wert, überliefert sie doch das ästhetische Umfeld für eine gesellschaftliche Ordnung, die in der Vergangenheit Bestand hatte und sich in die Geschichte eingeschrieben hat. Durch Instrumentalisierung kultureller Versatzstücke aus zurückliegenden Epochen wurde ein Versprechen auf Besserung, Linderung der Nöte, auf die Stillung massenhafter Sehnsüchte formuliert, dessen Einlösung in der fernen Zukunft die Fortexistenz der noch mit Mangel behafteten gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung voraussetzte. Das ist der Boden, auf dem im „Kampf gegen den Formalismus“, also gegen die Rationalität in Kunst und Architektur, reichlich Ernte eingebracht wird. Der Rationalität wird mit Harmonie und Symmetrie begegnet, dem Chaos der Lebensbedingungen setzt man städtebauliche Ordnung bzw. Axialität entgegen. Damit will man mittelbar den nach wie vor bestehenden Unsicherheiten gegenüber dem neuen Gesellschaftssystem begegnen; und an die Stelle des Zweifels soll der Mythos treten.

Auch städtebaulich ging es um die demonstrative Abkehr von einer Kultur der Askese. An dessen Stelle sollte ein „kulturvolles Leben in Wohlstand“ treten und sichtbaren Ausdruck finden. Dies hieß soviel wie „Hinwendung zur Ausschmückung, zur Zusammenführung der Künste, zum Monumentalen samt Achsenkonzepten und Blickbeziehungen, eine Abkehr von der Zeilenbauweise, eine Hinwendung zu städtischen, mehrgeschossigen Bauten, eine Betonung der Straßen und Plätze, der öffentlichen Räume, der Gebäudefassaden, eine Einbindung des Grüns in die Stadt anstelle der Auflösung der Stadt in einen allgemeinen Freiraum mit eingestreuter Bebauung.“

So oder ähnlich könnte sich auch ein aktuelles Programm hierzulande lesen. Ging doch das neue „stalinistische“ Paradigma einher mit einem klaren Bekenntnis zur ganzheitlichen Entwicklung und Gestaltung der Stadt sowie zur bewussten Betonung einer gesellschaftlich repräsentativen und baulich kompakten Mitte. Wesentlich war, dass die Form, das Stadtbild, nach historischen und künstlerischen Gesichtspunkten entwickelt werden sollte. Zwar ist es richtig, dass man auf tradierte Raumtypologien wie Korridorstraße, Blockstrukturen und architektonisch streng gefasste Plätze zurückgriff. Gleichwohl ist die Substanz der alten Stadt, ihre Maßstäblichkeit und Nutzungsvielfalt weithin der Präferenz für das Neue (im traditionellen Gewand) geopfert respektive durch einen hypertrophen Monumentalismus sowie funktionalen und stadträumlichen Zentralismus ergänzt worden. „Rekonstruktion der Stadt bedeutete also alles andere als behutsame Stadterneuerung.“ Ziel war eine Stadt, die von sich selber spricht – eindrucksvoll, detailreich und von hohem Identifikationswert. Und das ist im Wesentlichen auch diejenige Stadt, die heute verklärt wird – nicht nur von postmodernen Exegeten.

Für Aldo Rossi, einen der wichtigsten Impulsgeber für den europäischen Städtebau in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, diente das Erbe aus der Ära Stalin dazu, sich „von der ganzen kleinbürgerlichen Kultur der modernen Architektur zu befreien“. So weit wird man gewiss nicht gehen müssen, um mit Bodenschatz/Post anzuerkennen, dass die zentrale Manifestation des neuen Leitbilds, der Generalplan für Moskau aus dem Jahr 1935, „sachlich und distanziert betrachtet eine der bedeutendsten Stadtplanungen der Zwischenkriegszeit in Europa“ darstellt. Als ausgewogenes Kompositum war er State of the Art, zumal er in unvergleichlichem Maße ausländisches Expertenwissen mobilisiert und einbezogen hat.

Deswegen ist es nicht ohne Ironie, dass einerseits der berühmte (vierte) „Kongreß für Neues Bauen“ (CIAM), der zum Thema „Funktionelle Stadt“ 1932 in Moskau stattfinden sollte, dann aber in die Ägäis bzw. auf die „Patris II“ verlagert wurde, in seinem Ergebnis die berühmte „Charta von Athen“ in der Handschrift eines Le Corbusier zeitigte – an dessen Folgen wir uns noch heute abarbeiten. Und dass andererseits der Generalplan für Moskau eine „Absage an die in der westlichen Welt sich durchsetzende Suburbanisierung der herrschenden Schichten“ gewesen ist. Bleibt festzuhalten: Der Städtebau in der Ära Stalins taugt also nicht nur zu wohlfeiler Skandalisierung, sondern auch als Verständigungsbasis für unseren weiteren Umgang mit der Stadt.

Robert Kaltenbrunner (Bonn)

Stefan Köhler; Steffi Rosentreter; Harald Winkelhausen (Hrsg.): Landschaftspark Bodensee-Oberschwaben. Hightech im Garten Eden. – Ravensburg: Regionalverband Bodensee-Oberschwaben 2004

Eines der grundlegenden Anliegen der Regionalplanung in städtisch geprägten Räumen ist die Sicherung von Freiräumen und ihre Inwertsetzung für die Naherholung. Dies gilt grundsätzlich auch für weniger verdichtete Räume wie den hier vorgestellten Raum Friedrichshafen-Ravensburg-Weingarten in der Planungsregion Bodensee-Oberschwaben. Denn auch hier ist die Bedeutung der Freiräume für die „weichen Standortfaktoren“, insbesondere Umweltqualität und Freizeitangebot, erkannt worden. Damit sollen nicht zuletzt die Standortnachteile des Raums, namentlich die periphere Lage und Verkehrsferne, kompensiert werden – getreu dem Motto, dass es die „erlebbare Landschaft“ ist, die den Menschen anzusprechen vermag. In diesem Sinne hat der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben gemeinsam mit 14 Gemeinden und zwei Landkreisen das Projekt „Landschaftspark Bodensee-Oberschwaben“ entwickelt. Pate stand dabei die Erkenntnis, dass die förmliche Sicherung der Freiräume durch Regional- und Bauleitplanung nicht automatisch für die nötige öffentliche Akzeptanz und Unterstützung sorgen. Vielmehr wird es für erforderlich gehalten, Qualität und Bedeutung von Freiräumen und deren Sicherung auch für eine breitere Öffentlichkeit nachvollziehbar aufzuzeigen und erfahrbar zu machen. Dabei werden auch die potenziellen und tatsächlichen Konfliktlinien angesprochen, die sich im Freiraum insbesondere zwischen den Nutzungen Landwirtschaft, Erholung und Naturschutz ergeben. Ziel ist – im Konsens mit den wesentlichen Akteuren – die moderate Schaffung von Erlebnisräumen und Attraktionen.

Das hier vorliegende Buch stellt eine erste Dokumentation des Projekts dar. In seinem ersten Teil geht es um die Idee des Landschaftsparks, wobei bezüglich des Wahlspruchs „Der Landschaft einen Sinn, den Sinnen eine Landschaft“ eine Anleihe beim Regionalpark Rhein-Main gemacht wird. Im zweiten Teil wird das Konzept des Landschaftsparks vorgestellt. Dabei wird deutlich, dass die Basis des Projekts ein klassisches, auf intensiven Analysen aufbauendes Raumstruktur- und -entwicklungskonzept ist, in dem Siedlungsräume, Freiraumachsen und Schwerpunktgebiete für Landwirtschaft und Erholung ausgewiesen werden.

Den Unterschied zu traditionellen Planungskonzepten macht jedoch unmittelbar der dritte Teil deutlich, der auf die Realisierung der Projekte eingeht und hierzu die drei Schlüsselprojekte des Landschaftsparks vorstellt.

Dies sind die Projekte „Auenentwicklung Schussen“ (Gewässerachsen als Rückgrat des Freiraums), „Landwirtschaft im Landschaftspark – Drumlinland“ (Vereinbarkeit von Landwirtschaft, naturgebundener Erholung und Naturschutz) sowie „Wegevernetzung im Landschaftspark“.

Diese drei Schlüsselprojekte stellen „Dachmarken“ für eine Reihe lokaler Projekte dar, die auf diese Weise vernetzt und der Öffentlichkeit dargestellt werden. Die Betrachtung dieser lokalen Projekte zeigt, dass sie offenbar sehr konkret und vor Ort fest verankert sind. Die Schlüsselprojekte werden ergänzt durch Einzelprojekte, die ebenfalls im Gesamtkonzept des Landschaftsparks verankert sind.

Einen gewissen Fremdkörper stellt der vierte Teil des Buches dar, der die Überschrift „High-tech im Garten Eden“ trägt und im Wesentlichen acht Porträts von Firmen aus dem Landschaftsparkgebiet umfasst. Hier haben sich die Sponsoren des Landschaftsparks verewigt – ein Vorgehen, das man angesichts der zunehmenden öffentlichen Armut und der daraus resultierenden Abhängigkeit der Kommunen von privaten Sponsoren wohl hinnehmen muss.

Im fünften Teil schließlich wird der Fokus der Betrachtungen noch einmal deutlich erweitert, indem andere Landschaftsparkprojekte aus dem süddeutschen Raum durch Fachleute aus den jeweiligen Regionen vorgestellt werden. Neben zwei Projekten aus der unmittelbaren Umgebung sind es der Regionalpark Rhein-Main, der Regionalpark Saar und der Landschaftspark Region Stuttgart, die interessante zusätzliche Aspekte vermitteln und Quervergleiche ermöglichen.

Die Autorinnen und Autoren haben ein informatives Buch „aus der Praxis für die Praxis“ vorgelegt, das ansprechend und anspruchsvoll gestaltet ist. Deutlich wird, wie wichtig es heute und erst recht wohl in Zukunft ist, klassische Planungsansätze zu flankieren durch Projekte, die auch die Herzen und Sinne der Menschen erreichen und ihnen die Bedeutung und den Wert von Regionalplanung und Regionalmanagement vermitteln. Außerdem wird eindrucksvoll dokumentiert, wie ein bundespolitischer Impuls – hier der Wettbewerb „Regionen der Zukunft“ der Bundesraumordnung – auf regionaler Ebene vielfältige und nachhaltige Aktivitäten auslösen kann. Und nicht zuletzt wird deutlich, wie wichtig ein „regionales Label“ ist, um örtliche Projekte zu vernetzen und aufeinander abzustimmen sowie öffentliche und privates Engagement im Sinne einer regional definierten Zielsetzung zu bündeln.

Axel Priebs (Hannover/Kiel)

Gisela Färber (Hrsg.): Das föderative System in Deutschland. Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwissenschaftlicher Sicht. – Hannover 2005. = Forsch.- u. Sitzungsber. der ARL. Bd. 224. 351 S.

Band 224 der Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL ist raumwissenschaftlichen Aspekten des deutschen föderativen Systems gewidmet. Ziel des Bandes ist es, die öffentliche Debatte zur Föderalismusreform um raumrelevante Fragestellungen zu bereichern. Der Band besteht aus einer Zusammenstellung von dreizehn Einzelbeiträgen verschiedener Autoren zum Themenfeld. Die dort gewonnenen Erkenntnisse werden abschließend zusammengeführt, um Empfehlungen zur Reform der Finanzverfassung zu formulieren.

Im ersten Teil beschäftigt sich die Veröffentlichung mit räumlich relevanten Zielen föderativer Systeme: Zunächst beleuchtet Thöni Vor- und Nachteile von Wettbewerb und Kooperation in Föderationen. Der facettenreiche Beitrag reißt nahezu alle Aspekte des Föderalismus an, von geschichtlichen Ursachen über ökonomisch-theoretische Überlegungen bis hin zu praxisrelevanten Gegebenheiten, und kommt zusammenfassend zu dem Schluss, dass die konkrete Definition der jeweiligen föderalen Ordnung Aufgabe der Politik ist. Kilper ergänzt Thönis Überlegungen zu den Vorteilen eines föderalen Staatsaufbaus um die ökonomische Funktion der „Marktsicherung“. Sie betont dabei die steigende Bedeutung einer sachgerechten, an den Bedürfnissen vor Ort orientierten Politik angesichts von Globalisierung, sich verkürzender Innovationszyklen und vernetzter Produktion. Ein dezentrales System bietet dafür besonders gute Voraussetzungen. Unter Herausarbeitung der konkreten Rolle der regionalen Wirtschaftspolitik in diesem Prozess zeigt Kilper ein neues Verständnis von Konkurrenzföderalismus im unitarisch föderalen Bundesstaat auf. Aufbauend auf diesen allgemeinen Überlegungen wenden sich die folgenden Beiträge konkreten Politikfeldern zu. Zum einen untersucht Eser am Beispiel der Nachhaltigkeitspolitik Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, unter welchen Bedingungen ein föderales System geeignet ist, eine problemadäquate Politik zu betreiben. Während Eser die Notwendigkeit einer regional differenzierten Nachhaltigkeitspolitik konstatiert, stellt er nur für Österreich und die Schweiz tatsächlich eine Dezentralisierung dieses Politikfelds fest. Zum anderen beschäftigt sich Döring mit der Rolle der Regionen und des Finanzausgleichs in der Verbreitung von Wissen. Der räumliche Bezug des Wissens ergibt sich dabei aus der Annahme, dass die Wissensdiffusion regional begrenzt ist. Gleichzeitig spielt Wissen als wichtige Bestimmungsgröße wirtschaftlichen Wachstums eine bedeu-

tende Rolle für die Entwicklung von Regionen. Da die räumlichen Wirkungskreise des Wissens nur in Ausnahmefällen mit gebietskörperschaftlichen Abgrenzungen zusammenfallen, ist eine regionale Kooperation bei der Förderung von Wissens-Spillovers von Bedeutung. Aus der unterschiedlichen Verbreitung des Wissens und des daraus resultierenden Wachstumspotenzials kann darüber hinaus eine Legitimation für wachstumsfördernde Transferzahlungen abgeleitet werden.

Im zweiten Teil des Sammelbands wird eine Bestandsaufnahme der räumlichen Auswirkungen des föderativen Systems in Deutschland vorgenommen. Die Beiträge von Stiller und Färber haben die regionale Verteilung staatlicher Mittel in Deutschland zum Gegenstand. Stiller geht dabei zunächst auf Ziele, Methoden und Anforderungen regionaler Inzidenzanalysen ein und nimmt eine Bestandsaufnahme bisher vorliegender empirischer Studien vor. Ein zentrales Ergebnis des Artikels ist, dass die räumlichen Effekte der regionalen Mittelverteilung auf Zielgrößen wie Einkommen, Beschäftigung und Produktionsveränderungen bisher kaum untersucht worden sind und in diesem Bereich noch Forschungsbedarf besteht. Färber geht im Anschluss theoretischen und empirischen Aspekten der vertikalen und horizontalen regionalen Steuerverteilung in Deutschland nach. Sie zeigt, dass die regionale Steuerkraft – bedingt durch bundespolitische Eingriffe wie z. B. Steuervergünstigungen – im Zeitverlauf immer stärker divergiert. Diese Entwicklung zeigt grundlegenden Reformbedarf auf, da vor der Durchführung einer als notwendig erkannten Dezentralisierung von Besteuerungskompetenzen die massiven Unterschiede in der regionalen Ausgangsposition reduziert werden müssten. Auch Stahl wendet sich mit seiner Untersuchung des Ausgleichsgrades und der Anreizwirkungen des deutschen Länderfinanzausgleichs der Einnahmenseite zu. Er zeigt zum einen, dass bezogen auf die tatsächlichen Einnahmen aus Steuern, Finanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen nicht von einer Nivellierung gesprochen werden kann. Zum anderen entkräftet Stahl die bekannte Argumentation der anreizmindernden Wirkung der hohen Grenzbelastungen im Länderfinanzausgleich. Gegenstand der Betrachtungen von Renn sind die zukünftig zu erwartenden Einflüsse der demographischen Entwicklung auf verschiedene Ausgabentypen öffentlicher Haushalte sowie auf die horizontale und vertikale Verteilung der Ausgabenlasten auf die föderalen Ebenen. Die sich bereits heute abzeichnenden Verschiebungen weisen auf einen Reformbedarf hin, der Renn zufolge u. a. über eine Reduktion bundesstaatlicher Regulierungen, kommunale Zusammenarbeit sowie neue Bedarfsansätze im Finanzausgleich gelöst werden könnte.

Im dritten Teil des Bandes werden fünf verschiedene Politikfelder aufgegriffen und im Hinblick auf ihre räumlichen Wirkungen untersucht. Postlep zeigt zunächst mögliche Folgen des aktuell stattfindenden Paradigmenwechsels in der Hochschulpolitik auf. So könnte eine verstärkt wettbewerblich geprägte Verteilung von Mitteln in diesem Bereich zu einer stärkeren Spezialisierung der Hochschulen auf Forschung oder Lehre, einer höheren fachlichen Konzentration sowie einer wachsenden Bedeutung privater Hochschulen führen. Die aufgezeigten Entwicklungen dienen dem Autor zur Herausarbeitung der künftigen Rolle der Bundes- und Landespolitik im Hochschulbereich. Rosenfeld analysiert die Konsequenzen einer Dezentralisierung der Regionalpolitik. Angesichts der von ihm aufgezeigten Forschungslücken in diesem Bereich können nur begrenzte Schlussfolgerungen hinsichtlich zukünftiger Zielsetzungen, Förderregionen und Instrumente der Regionalpolitik formuliert werden. Fest steht jedoch, dass regionalpolitische Erfolge in Zukunft stärker als heute den dezentralen Akteuren, die diese initiiert haben, zugute kommen sollten. Dafflon zeigt anhand von Fehlentwicklungen, die bei der Dezentralisierung der Krankenversicherungsfinanzierung in der Schweiz entstanden, welche Problemfelder bei der sich abzeichnenden Einführung einer Kopfpauschale und deren Finanzierung in Deutschland beachtet werden sollten. Er weist dar-

auf hin, dass sich die Zwischenschaltung der Kantone in die Beziehung des Bundes als Träger der Krankenversicherungspolitik und den begünstigten Versicherten in der Schweiz als nicht zielführend herausgestellt hat. Holtmann beschäftigt sich mit dem in der politikwissenschaftlichen Literatur selten thematisierten Bereich der deutschen Bau- und Wohnungspolitik. Die zentrale Frage besteht darin, ob eine weitere Dezentralisierung in diesem Bereich notwendig ist. Trotz der bereits heute praktizierten dezentralen Problembearbeitung zeigt Holtmann zusätzlich Rechtfertigungsgründe und Wege zu einer Erweiterung dezentraler Kompetenzen auf. Zum Abschluss des dritten Teils stellen Witzke, Kreins und Görmann die Konsequenzen einer Dezentralisierung der Agrarpolitik ins Zentrum der Betrachtung. Ein wichtiges Ergebnis der vorgenommenen Inzidenzanalyse ist, dass sowohl aus Sicht einzelner Regionen wie auch eines Entscheidungsgremiums aus Vertretern verschiedener Regionen eine stärker liberalisierte Agrarpolitik befürwortet werden dürfte.

Summa summarum ist dieser Reader der ARL allen zur Lektüre zu empfehlen, die an der Diskussion über die Neuordnung der föderalen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland interessiert sind und gut informiert mitdiskutieren wollen.

Klaus Lenk (Oldenburg)